

MEMORIAL
Journal Officiel
du Grand-Duché de
Luxembourg



MEMORIAL
Amtsblatt
des Großherzogtums
Luxembourg

RECUEIL DE LEGISLATION

A — N° 38

4 juillet 1963

SOMMAIRE

Règlement du Gouvernement en Conseil du 11 juin 1963 portant déclaration d'obligation générale du contrat collectif conclu entre la Fédération des Patrons-Carreleurs et le Syndicat des Compagnons-Carreleurs	page	641
Loi du 17 juin 1963 ayant pour objet de protéger les titres d'enseignement supérieur		651
Règlement ministériel du 27 juin 1963 relatif au Tarif des droits d'entrée		652
Règlement ministériel du 27 juin 1963 réglant les franchises en matière de droits d'entrée		653
Règlements communaux — Erratum		656

Règlement du Gouvernement en Conseil du 11 juin 1963 portant déclaration d'obligation générale du contrat collectif conclu entre la Fédération des Patrons-Carreleurs et le Syndicat des Compagnons-Carreleurs.

Le Gouvernement en Conseil,

Vu les articles 20 à 23 de l'arrêté grand-ducal du 6 octobre 1945 ayant pour objet l'institution, les attributions et le fonctionnement d'un Office National de Conciliation ;

Sur la proposition des groupes de la Commission paritaire de conciliation et sur avis conforme des représentations professionnelles légales intéressées ;

Arrête :

Art. 1^{er}. Le contrat collectif conclu le 1^{er} septembre 1962 entre la Fédération des Patrons-Carreleurs d'une part et le Syndicat des Compagnons-Carreleurs d'autre part est déclaré d'obligation générale pour l'ensemble de la profession pour laquelle il a été établi.

Art. 2. Le présent arrêté ainsi que le contrat collectif prémentionné sont insérés au Mémorial.

Luxembourg, le 11 juin 1963.

Les Membres du Gouvernement,

Pierre Werner
Eugène Schaus
Emile Colling
Emile Schaus
Robert Schaffner
Paul Elvinger
Pierre Grégoire

KOLLEKTIV-VERTRAG FÜR DAS PLATTENLEGER-GEWERBE
abgeschlossen zwischen dem Verband der Plattenlegermeister Luxemburgs,
einerseits

und dem Syndikat der Plattenlegergesellen, angeschlossen an den Letzeburger Arbeiter-Verband mit Sitz
in Esch/Alzette
andererseits

A. — Zweck und Geltungsbereich.

Art. 1 — Zweck.

Der Vertrag bezweckt die Sicherung geordneter Lohn- und Arbeitsbedingungen und damit auch die Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs auf der Ebene des Betriebes und des Berufes, die Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den vertragsschließenden Parteien zur Wahrnehmung der gemeinsamen Berufsinteressen, und er strebt, unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage eine Verbesserung des Lebensstandards im Plattenlegergewerbe an.

Art. 2 — Geltungsbereich.

Der Vertrag gilt für allé im Großherzogtum Luxemburg auszuführenden Plattenarbeiten und umfaßt allé Plattenlegerbetriebe. Unter seine Bestimmungen fallen allé in diesen Betrieben als Plattenleger beschäftigten Gesellen, Arbeiter und Lehrlinge.

B. — Einstellungen und Entlassungen.

Art. 3 — Einstellungen.

Die Einstellung der benötigten Arbeitskräfte hat nach den gesetzlichen Bestimmungen zu erfolgen. Sie darf nur von ihrer beruflichen Eignung abhängig gemacht werden.

Art. 4 — Entlassungen.

Bei Entlassungen von Arbeitern gelten die gesetzlichen Bestimmungen. In allen Fällen von fristloser Entlassung wird dem Vorstand des Gesellensyndikats auf Verlangen über die Gründe Mitteilung gemacht.

Das Arbeitsverhältnis kann gelöst werden beiderseits nur nach einer Kündigungsfrist von einer Woche.

Während der ersten Woche nach der Einstellung ist für beide Teile eine Lösung des Arbeitsverhältnisses mit eintägiger Frist zum Schluß des nächsten Arbeitstages zulässig. Der fällige Lohn, die Entlassungspapiere sowie die Steuerkarte sind bei der Lösung des Arbeitsverhältnisses sofort auszuhändigen.

Der Arbeiter darf wegen Ausübung eines Arbeitnehmermandates oder auf Grund der Zugehörigkeit zur vertragsschließenden Arbeitnehmerorganisation nicht entlassen werden oder einen Nachteil irgendwelcher Art erleiden.

C. — Arbeitszeit.

Art. 5 — Arbeitszeit.

Die normale Arbeitszeit beträgt 44 Stunden in der Woche resp. 8¾ Stunden pro Tag bei freiem Samstag. Die über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistete Arbeit ist überstundenzuschlagspflichtig.

Art. 6 — Ueberstunden, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit.

Ueberstunden, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit sind nur in dringenden Fällen und im Einverständnis beider Parteien im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zulässig.

Als verlangte Ueberstunde gilt jede Arbeit, welche nach Beendigung der normalen täglichen Arbeitszeit ausgeführt wird. Länger als eine Woche dürfen Ueberstunden nur dann verlangt und geleistet werden, wenn eine Mehreinstellung von Arbeitskräften wegen tatsächlichen Mangels an solchen nicht möglich ist.

Als Nachtarbeit gilt jede Arbeit, welche in der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens geleistet wird.

Ueberstunden werden bezahlt auf der Basis des tariflichen Stundenlohnes.

Die Ueberstunden werden ab Beendigung der normalen Arbeitszeit bis zu 20 Uhr mit 25 Prozent und danach bis 6 Uhr morgens mit 50 Prozent Zuschlag entschädigt.

Bei Wechselschicht wird für die Zeit zwischen 20 und 6 Uhr ein Zuschlag von 10 Prozent bezahlt.

Bei Sonn- und Feiertagsarbeit werden die gearbeiteten Stunden mit einem Zuschlag von 100 Prozent auf den Stundenlohn bezahlt, unbeschadet der laut Artikel 8 geschuldeten Entschädigung für die gesetzlichen resp. vertraglichen Feiertage.

Als Sonn- bzw. Feiertagsarbeit gilt die Arbeit, die in der Zeit von samstags 22 bis montags 6 Uhr geleistet wird.

D. — Urlaub, bezahlte Feiertage, Arbeitsunterbrechungen.

Art. 7 — Urlaub.

Der Urlaub beträgt für Jugendliche unter 18 Jahren 18 Arbeitstage pro Jahr.

Die Dauer des Urlaubs beträgt für alle anderen Arbeiter 12 Tage für die ersten 5 im gleichen Betrieb verbrachten Dienstjahre.

Soweit das Gesetz nicht einen höheren Urlaub vorschreibt, haben Stammarbeiter Anrecht auf 18 Tage Urlaub nach 5 Jahren Betriebszugehörigkeit.

Die Urlaubsvergütung erfolgt in Form eines Lohnzuschlages, der sich wie folgt staffelt :

vom 1.-5. Dienstjahr : 4,35 Prozent, ab dem 5. Dienstjahr: 6 Prozent der effektiv verdienten Stunden- oder Akkordlöhne, ausschließlich aller Sonderentschädigungen.

Die Zahlung der Urlaubsgelder erfolgt im Urlaubsmonat selbst.

Art. 8 — Bezahlte Feiertage.

Als bezahlte Feiertage gelten : 1. Januar, Ostermontag, 1. Mai, Pfingstmontag, Christi-Himmelfahrt 23. Juni (Großherzoginsgeburtstag), Maria-Himmelfahrt, Allerheiligen und die 2 Weihnachtsfeiertage.

Arbeiter, die am Tage vor oder nach einem Feiertag ohne gültige vorherige Entschuldigung nicht zur Arbeit angetreten sind, verlieren ihr Anrecht auf die Zahlung der am Feiertag verlorenen Schicht.

Die Feiertage werden mit 80 Prozent des im vorhergehenden Monat effektiv pro Tag durchschnittlich verdienten Lohnes bezahlt.

Sollte dieser Verrechnungsmodus, der für Akkordarbeiter gilt, für die Arbeiter ungünstiger sein, so ist der Feiertag in dem Fall mit 8 Regiestunden zum vertraglichen Lohn zu vergüten.

Sollte ein Feiertag auf einen freien Samstag fallen, wird er ebenfalls bezahlt.

Art. 9 — Entschädigungspflichtige Abwesenheiten .

Der ganze Lohn ist geschuldet für den Arbeitstag, an dem die Arbeit infolge eines erlittenen Unfalles, der die Arbeitseinstellung bedingt, eingestellt werden mußte.

Bei Bergung und Transport eines auf der Arbeitsstelle Verunglückten oder bei behördlichen Erhebungen betr. Unglücksfälle auf der Baustelle wird der Verdienstausschlag vergütet.

Für folgende rechtmäßig begründete Abwesenheiten ist der vereinbarte Tariflohn zu bezahlen, d.h. 80 Prozent wie die Feiertage :

I. mit einer Schicht.

- a) Umzug eines verheirateten im Großherzogtum Luxemburg ansässigen Arbeiters ;
- b) Todesfall von Geschwistern oder Schwiegereltern ;
- c) bei der ersten Einberufung zum Militärdienst (letzter Arbeitstag) ;
- d) Heirat eines Kindes.

II. mit zwei Schichten

- a) eigener Heirat ;
- b) Geburt eines Kindes ;
- c) Sterbefall eines Kindes oder der Eltern.

III. mit drei Schichten.

Sterbefall der Ehefrau.

Die vorstehenden Entschädigungen werden nicht bezahlt für den Fall, wo im Monat 3 Arbeitstage ohne Entschuldigung gefeiert wurden.

Ist der Arbeiter gezwungen, sich während der Arbeitszeit in dringende ärztliche Untersuchung zu begeben, so werden bei Vorlegen eines ärztlichen Beleges zur Bescheinigung der Dringlichkeit die Arbeitsverluste bis zu 8 Stunden jährlich (1 Arztbesuch = circa 2 Stunden) vergütet.

Sollten obengenannte Ereignisse während der Dauer desurlaubes eintreten, so werden sie gleichfalls bezahlt.

E. — Löhne.

Art. 10 — Stunden- und Akkordlöhne.

Die Stunden- und Akkordlöhne sind im Akkordtarif umschrieben, der einen integrierenden Bestandteil dieses Kollektivvertrages darstellt.

Art. 11 — Anpassung an den Teuerungsindex.

Die Stunden- und Akkordlöhne basieren auf dem Teuerungsindex von 100 Punkten und steigen resp. fallen mit diesem um jeweils 5 Punkte.

Art. 12 — Lehrlinge.

Lehrlinge mit Lehrvertrag erhalten die gesetzlich festgelegten Löhne die bei Regiarbeiten ganz zu Lasten der Meister sind.

Bei Akkordarbeiten sind sie in den 2 ersten Lehrjahren zu einem Drittel und im dritten Lehrjahr zur Hälfte zu Lasten des Gesellen.

Soziale Beiträge und Ausfall für die Berufsschule sind zu Lasten des Arbeitgebers.

Art. 13 — Montagearbeiten.

Für auswärtiges Arbeiten werden ab 15 km 10 Prozent Zuschlag auf den Akkord- und Stundenlohn bezahlt, ab Lager zur Baustelle angewandt auf öffentliche Verkehrsmittel.

Reisegeld und Reisezeit wird bei Akkordarbeit pro Baustelle einmal vergütet.

Wenn nur im Stundenlohn gearbeitet wird so wird Reisezeit und Reisegeld wöchentlich vergütet.

Art. 14 — Lohnzahlung.

Die Vorschußzahlung erfolgt dekadewise auf der Basis der vereinbarten Mindestlöhne bzw. nach Vereinbarung.

Der Monatsabschluß muß in Lohndüten mit Firmenstempel bei genauer Berechnung des Lohnes, der Urlaubsentschädigung, gegebenenfalls der entschädigungspflichtigen Abwesenheiten, der gesetzlichen Abzüge usw. geschehen.

Etwaige Wartezeit ist als Überstunde zu werten.

Vorschüsse und Auszahlung sollen auf die Baustelle gebracht werden.

Die Lohnabschlußverrechnung einer Arbeit geschieht nach Fertigstellung derselben.

Art. 15 — Akkordarbeiten.

Allé Akkordpreise sind so zu berechnen, daß bei durchschnittlicher Leistung und bei regelmäßiger Arbeitszeit mindestens ein Verdienst von 125 Prozent der diesen Gesellen zugestandenene Stundenlöhne zu erzielenist.

Kommt der Geselle nicht auf 100 Prozent der Leistung, so ist auf alle Fälle demselben der vereinbarte Stundenlohn geschuldet.

Das Aufmaß der Akkordarbeit soll spätestens am Tage nach der Fertigstellung, die Abrechnung und Auszahlung des Ueberschusses bei der nächsten Lohnzahlung erfolgen.

Beim Ausmessen des Baues erhält der Plattenleger eine Abschrift der Maße.

Art. 16 — Arbeitsausfall.

Kann die Arbeits wegen Materialmangels nicht aufgenommen oder fortgeführt werden, so sind die ab 12 Uhr mittags ausfallenden Arbeitsstunden zu vergüten, wenn der Arbeiter den Arbeitgeber am Vortage bis 16 Uhr in Kenntnis gesetzt hat, daß er am nächsten Morgen eine neue Arbeit aufnehmen könne oder an der Fortführung der begonnenen Arbeit durch Materialmangel verhindert sei.

Diese Ausfallzeit wird auch für Akkordarbeiten zum vereinbarten Stundenlohn vergütet.

F. — Besondere Bestimmungen.

Art. 17 — *Transport der Materialien.*

Die Materialien werden auf die Baustelle, Erdgeschoß bzw. auf die Stockwerke befördert sowie auch Büten, Eimer, Schaufel, Sieb und Bürste, welche vom Plattenleger in Ordnung zu halten sind.

Art. 18 — *Zugehörigkeit zum Berufsverband.*

Die Arbeitgeber erklären sich einverstanden, auf Antrag durch den Vorstand des Syndikates und mit dem schriftlichen Einverständnis des Arbeitnehmers, die monatlichen Beiträge zum Berufsverband einzubehalten und sie mit Namensliste und Höhe des Betrages demselben zuzustellen.

Art. 19 — *Arbeitervertretung.*

Keinem Arbeiter darf aus der Ausübung eines Arbeitervertretermandates in offiziellen Körperschaften oder auf Grund seiner Zugehörigkeit zu seiner Gewerkschaft ein Nachteil irgendwelcher Art entstehen.

G. — Schlichtungswesen.

Art. 20 — *Schlichtungswesen.*

Für die Regelung von Schwierigkeiten, die sich bei der Auslegung des Vertrages ergeben, wird eine paritätische Vertragskommission gebildet, die sich aus je 2 Delegierten der vertragsschließenden Parteien zusammensetzt. Falls diese Kommission zu keiner Einigung gelangt, kann sie die Entscheidung einem Schiedsrichter übertragen. Die interpretativen Entscheidungen der Vertragskommission bzw. des Schiedsrichters sind allgemeinverbindlich und stellen eine Ergänzung des Vertragstextes dar.

Differenzen, für die sich die Parteien nicht für die Anrufung des Schiedsrichters einigen können, sind dem Nationalen Schlichtungsamt zu unterbreiten.

Die Vertragspartner sind gehalten, ihre Vertreter für die Schlichtungskommission spätestens binnen 30 Tagen nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages schriftlich zu benennen. Änderungen sind dem anderen Partner unverzüglich bekanntzugeben.

Bei Streitigkeiten aller Art darf vor Beendigung der Verhandlungen der tariflichen oder gesetzlichen Schlichtungsinstanzen weder gestreikt noch ausgesperrt werden.

Art. 21 — *Der deutsche Text ist maßgebend.*

Art. 22 — *Vertragsdauer.*

Der Vertrag tritt mit Wirkung vom 1. September 1962 in Kraft und läuft 2 Jahre d. h. bis zum 31. August 1964. Die Kündigung beträgt 3 Monate.

Erfolgt keine Kündigung, so läuft er automatisch um ein Jahr weiter.

Dieser Vertrag wird in vierfacher Ausfertigung unterschrieben. Je ein Exemplar wird den Arbeitgeber- resp. Arbeitnehmerorganisationen, dem L.A.V. und der Gewerbeinspektion zugestellt.

Die Verhandlungen für den Abschluß eines neuen Vertrages sind im ersten Monat nach der Kündigung aufzunehmen.

Für das Syndicat des Carreleurs

Jean Schmit / René Frascht / René Hengel.

Für die Fédération des Patrons-Carreleurs

Henry Pütz / Frantz Think / Robert F. Decker

LOHNTARIF.

A. Stundenlohn	35,—
B. Wandbeläge (Löcher, farbiges Ausfugen und normales Antragen der Wände einbegriffen)	
10/10 mit Fuge einschließlich Steinzeugzuschlag	160,— m ²
10, 8/10, 8, 11/11, 12/12 mit Fugen	150,— m ²
7, 5/15 mit Fuge	150,— m ²
15/15 mit Fuge	90,— m ²

15/15 bisotiert	95,— m ²
10/20 bis 12/25	96,— m ²
Marbrit 20/20	96,— m ²
Spaltverblender 6/12, 7/124/18 einchl. Steinzeugzuschlag	220,— m ²
Stift einschl. Glas- und Lawastifte	150,— m ²
Paletten	169,— m ²
Wenn Stift, Glas- und Lawastifte, Paletten mit Klebstoff (Disbon) auf fertig, auf Stichmaß ausgerichtete Wände geklebt werden	
Reduktion 80,— m ²	80,— m ²
Auf nicht auf Stichmaß ausgerichtete Wände, Zuschlag für Coupe	20,— lfm
Kleben von anderen Platten wie Stift, Glas- u. Lawastifte, Paletten, keine Reduktion.	
Bottiche 90% Zuschlag.	
Grundsätzlich gilt hierbei die obere Abdeckung einschl. der inneren Auskleidung bei einer Gesamtberechnungsfläche bis zu 5 m ² des einzelnen Bottichs. Die äußere Wand gilt nur, wenn keine Anschlußwände im Raume sind.	
C. Trennwände.	
12/12 Siegesdorfer Wände, 6cm dick, einseitig gemessen, beidseitig gefugt	150,— m ²
Glas, Kehle, doppelseitig gemessen (Zuschlag)	10,— lfm
Türrahmen aus Zargsteinen herstellen, einschl. Einbau von Schließblechen und Fitschen, Zuschlag	150,— St.
Duschbecken, die aus Formstücken hergestellt werden, Zuschlag	40,— St.
Aufstellen von Türzargen pro Stück	85,— St.
15/15 Duplex-Janusplatten ohne Hohlkehlsockel, einseitig gemessen, beidseitig gefugt	
1 Wand	220,— m ²
2 Wände	215,— m ²
3 Wände	200,— m ²
Fertige Wände idem	
Abdeckleisten, Eckleisten, Kehlen und Stiftwinkel (Zuschlag)	7,— lfm
Bei den Trennwänden ist das Einlegen und Verankern des Eisendrahtes einbegriffen.	
Spaltplatten 12/12 werden mit Steinzeugaufpreis verrechnet.	
Steinzeughohlkehlsockel werden doppelseitig gemessen. Tarif siehe unter Sockel.	
Besondere Arbeiten bei Wandbelägen.	
Ausfugen mit Fugeisen	13,— m ²
Badewannen einbauen 1 Seite	83,—
2 Seiten	111,—
3 Seiten	138,—
Badewanne schief 1 Seite	115,—
2 Seiten	144,—
3 Seiten	172,—
Fußnische herstellen	37,—
Revisionsrahmen einbauen	37,—
Plattenarbeiten an Stürzen (wenn mehr als eine Platte breit) Decken, Bögen, Gewölben und überhängenden Wänden über 30%	Zuschlag 50%
Schaufensterauslagen, stufenförmige Ausführung	Zuschlag 50%
Überhöhe von 2,20 m- 3,45m (inkl. Gerüst) auf ganze Wand (vom Bodengemessen) Zuschlag	7,— m ²
Fensterbänke ohne Wandplattenanschluß aus Wandplatten 1 Platte	40,— lfm
2 Platten	45,— lfm
3 Platten	50,— lfm

Heizkörpernischen, die nicht mit Wandverkleidung zusammenhängen und keine anderen Plattenarbeiten im gleichen Raume sind	Zuschlag	10%
Türrahmen mit Laibung und Sturz soweit sie nicht mit normaler Wandbekleidung zusammenhängen	Zuschlag	26%
Seifenschalen, Klosettroller usw., klein vertieft, stark vertieft		20,— St.
Kleinarbeiten (unter 4 m ²) in einem Bau	Zuschlag	50%
Bei Kühlschränken, falls der Kühlschrank als einzige Arbeit im Möbel ausgeführt wird, auf ganze Arbeit	Zuschlag	20%
Supplementar-Antragen der Wände		14,— m ²
Steinzeugzuschlag bei Wandplatten		8,— m ²
D. Fassaden.		
(Löcher) farbiges Ausfugen und normales Antragen der Wände einbegriffen).		
Stift, Glas- und Lawastift		240,— m ²
Stift einschl. Glas- und Lawastift wenn nur Pfeiler		278,—
Paletten		244,—
Paletten wenn nur Pfeiler		282,—
Glas- u. Lawastift wenn mit Salzsäure abgewaschen	Zuschlag	10%
Wenn Stift, Glas- und Lawastift, Paletten mit Klebstoff (Disbon) auf fertigen, auf Stichmaß ausgerichtete Wände geklebt werden.		
Reduktion 80,— m ²		80,— m ²
Aufncht auf Stichmaß ausgerichtete Wände, Zuschlag für Coupe		20,— lfm
Kleben von anderen Platten wie Stift, Glas- und Lawastift, Paletten, keine Reduktion.		
Gedecke an Fassaden sowie überhängende Wände	Zuschlag	50%
Fassaden 10/20 - 12/25		148,— m ²
10/20 - 12/25 mit Ausfugen mit Fugeisen		160,— m ²
10/10		230,— m ²
10/10 mit Ausfugen mit Fugeisen		280,— m ²
5/20		240,— m ²
5/20 mit Ausfugen mit Fugeisen		280,— m ²
15/30-Platten werden verrechnet wie 10/20 und 12/25. Die Marken V.B. und Ehrang werden mit Steinzeugzuschlag verrechnet.		
Die holländischen «Cérel» wie einfache Wandplatten zu normalem Tarif. (Die Preise für Fassaden verstehen sich nur für Erdgeschosse, andere Höhen wird Gerüst gestellt).		
E. Bodenbeläge.		
Mit oder ohne Fugen oder Rahmen.		
Sechseck 10/10 - 15/15		65,— m ²
8-Eckplatten		75,— m ²
Rechtplatte 5/10		90,— m ²
10/10 Viereck		55,— m ²
12/12		48,— m ²
7,5/15		50,— m ²
15/15		43,— m ²
15/15 - 3,5 cm stark	Zuschlag	5,— m ²
15/15 gekörnt	Zuschlag	10%
20/20 - 30/30 Zement, Terrazzo, Steinholz, Coupe einbegriffen, wenn Maschine gestellt wird inkl. Scheibe		42,— m ²
20/20 - 30/30 Terrazzo mit Marmoreinlagen		48,— m ²

(über 30/30		58,— m ²)
Diagonal verlegen: sämtliche Plattensorten außer Stift und Palettes	Zuschlag	20%
Schneiden der Platten auf Diagonale außer Stift und Palettes	lfm	6,—
Flechtmuster mit kleinen Einlagen	Zuschlag	35%
Pannomuster mit Filets 2,5/10 resp. 5/10.		
4 Platten 10/10	pro qm	77,—
9 Platten 10/10	pro qm	72,—
16 Platten 10/10	pro qm	69,—
25 Platten 10/10	pro qm	67,—
36 Platten 10/10	pro qm	66,—
Pannomuster mit Filets 0,7/8.		
4 Platten 10/10	pro qm	100,—
9 Platten 10/10	pro qm	93,—
16 Platten 10/10	pro qm	90,—
25 Platten 10/10	pro qm	88,—
36 Platten 10/10	pro qm	86,—
Pannomuster mit Stiftfilets.		
4 Platten 10/10	pro qm	94,—
9 Platten 10/10	pro qm	88,—
16 Platten 10/10	pro qm	84,—
25 Platten 10/10	pro qm	81,—
36 Platten 10/10	pro qm	80,—
Policrome und Eternit.		
Coupe einbegriffen	pro qm	50,—
Filets vor dem Ausgleich, wenn Fond oder Ausgleichplatten gehauen werden müssen :		
Filets 2,5/10 bei 10/10 Platten	Zuschlag	10%
Filets 5,0/10 bei 10/10 Platten	Zuschlag	10%
Filets 2,5/10 bei 15/15 Platten	Zuschlag	15%
Filets 5,0/10 bei 15/15 Platten	Zuschlag	15%
Solnhoferplatten 15/30 normal auf Fuge oder Verband verlegt	pro qm	46,—
Solnhoferplatten 15/30 Fischgerät verlegt	pro qm	60,—
Solnhoferplatten bis 32,5/32,5 inkl.	»	40,—
Solnhoferplatten über 32,5/32,5	»	45,—
Solnhoferplatten bruchrauh	Zuschlag	10%
Solnhoferplatten über 100 qm 1 Mann ein Raum	Reduktion	10%
Solnhoferplatten verschiedene Größen, unregelmäßig verlegt, nicht in Bahnen	Zuschlag	100%
Klinkerplatten 10/20 - 12/25		47,— m ²
Klinkerplatten 6,5/20 - 25		70,— m ²
Stift		50,— m ²
Paletten		45,— m ²
Zuschlag für Diagonalverlegung bei Stift und Paletten		10,— lfm
Scharfe Coupe von Stift und Paletten bei Winkeleisen (Türabschlüsse ausgeschlossen), Teppichrahmen, H.K.S. sowie in einem ungewöhnlichen Raum, wo dies notwendig wird		
	pro lfm	10,—
Stiftwinkel an Bodenbelägen	pro lfm	21,—

F. Stufenbeläge alle Fabrikate.

15/15 bis 30/30

normal	pro lfm	47,—
	in 10/10 Trittplatten	94,—
kompliziert	pro lfm	75,—
	in 10/10 Trittplatten	150,—
runde Treppen	pro lfm	100,—
	in 10/10 Trittplatten	200,—
Solnhofer Stoßtritte aus anderen Platten.		
5/15	pro lfm	115,—
10/15	pro lfm	100,—
15/15	pro lfm	90,—
Solnhofertritte mit Solnhoferstoßplatte inkl. das event. Abspitzen sowie Ausgleichen der Betontritte.		
Normale Tritte :		
a) unter 1 m Länge der Auftrittplatten		58,—
b) über 1-1,50 m Länge der Auftrittplatten		69,—
c) über 1,50 m Länge der Auftrittplatten		80,—
Gewendelte Tritte :		
a) unter 1 m Länge der Auftrittplatten		69,—
b) über 1-1,50 m Länge der Auftrittplatten		80,—
c) über 1,50 m Länge der Auftrittplatten		90,—
Alle Stufen mit HKS als Stoßtritt :		
Coupe an der Kehle	lfm Zuschlag	12,—
ohne Coupe an der Kehle	lfm Zuschlag	7,—
Wenn Trittplatten in anderer Farbe wie Stoßplatten verfugt werden	lfm Zuschlag	5,—
Stift- und Terrazzotreppen prefabriziert normal unter 1 m		46,—
	von 1 bis 1,50 m	50,—
	über 1,50 m	69,—
Stift- und Terrazzotreppen gewandelt unter 1 m		58,—
	von 1 bis 1,50 m	69,—
	über 1,50 m	81,—
Stifttreppen und Contremarche ohne Nasenvorstand auf Baustelle hergestellt		150,—
Prefabrizierte Stifttreppen oder Terrazzotreppen wo Contretritt aus anderen Platten hergestellt.		
5/15	Zuschlag lfm	55,—
10/15	Zuschlag lfm	40,—
15/15	Zuschlag lfm	30,—
G. Fensterbänke.		
Platten 10/10-30/30 mit oder ohne Nasen		
1 Platte tief	lfm	40,—
2 Platten tief	lfm	48,—
3 Platten tief	lfm	56,—
Trittnasen -Balkonabschluß 15/15 oder 15/30 oder 30/30	lfm	35,—
Balkonabschlüsse auf Gährung geschnitten	lfm	70,—
Fensterbänke in Klinkerplatten längsseitig verlegt.		
1 Platte breit	lfm	46,—
2 Platten breit	lfm	57,—
3 Platten breit	lfm	70,—
Rinnen 10/10 aus fertigen Rinnplatten	lfm	20,—
Rinnen 15/15 aus fertigen Rinnplatten	lfm	16,—

Rinnen aus HKS — HKS Preis.

H. Sockel Antragen und Gips abspitzen einbegriffen

10/10 Stehsockel	lfm	19,—
10/10 HKS 10/15 + 15/15	lfm	23,—
10/15 + 15/15 Stehsockel	lfm	14,—
7,5/15 + 10/20 Stehsockel langseitig	lfm	13,—
idem hochkantig	lfm	25,—
Solnhofersockel	lfm	18,—
Sockel aus Stift oder Glas bis 10 cm Höhe		40,—
Treppensockel : Limon mit Antragen Gips abspitzen einbegriffen.		
10/10 mit Unterhauen	lfm	58,—
10/10 mit Unterhauen Fugenschnitt	lfm	75,—
10/10 abgestuft	lfm	47,—
10/20 - 15/15 mit Unterhauen	lfm	46,—
10/20 - 15/15 mit Unterhauen Fugenschnitt	lfm	64,—
10/20 - 15/15 abgestuft	lfm	42,—
Limon aus Platten ohne Verlegen des Stufenbelages	lfm. Zuschlag	15,—
Solnhofersockel, fabrikgepaßt schief	lfm	36,—
abgestuft	lfm	48,—
Limon aus Stift bis 10 cm Höhe abgestuft		100,—
Limon aus Stift bis 10 cm Höhe schief oder waagrecht bis unter Flacheisen von Treppentrampe bis zu einer Höhe von 15 cm		140,—
Treppensockel, wenn in anderer Farbe wie Tritt verfugt wird	Zuschlag lfm	5,—

1. Besondere Arbeiten bei Bodenbelägen.

Beton herstellen pro qm je 1 cm hoch		2,—
Bodenbeläge 10/10 mit 4 und mehr Farben pro qm (Ausgleich nicht als zusätzliche Farbe zu betrachten)	Zuschlag	15%
Maschinenhausbeläge wo tatsächlich Maschinen vorhanden bzw. Maschinen-Sockel sind	Zuschlag	10%
Winkelleisen	pro lfm	14,—
Teppichrahmen verlegen pro Stück		35,—
Sichtbare scharfgehauene Platten in Maschinenhäusern und desgleichen, wo Geschränke und Trennungs- und Dehnungsfugen, Winkelleisen notwendig zur Erreichung des Fugenschnittes	pro lfm	5,—
Damit ist kein Zuschlag für scharfkantigen Hau an Winkelleisen, Türschwellen, Mattenrahmen usw. gemeint.		
Stundenlohn bei Spezialarbeiten, d.h. Arbeiten an Kaminen, Bilder in Stiftmosaik usw. nach Ubereinkunft.		

J. Isolierarbeiten.

Verlegen von Poresta, Bergla, Silan, Cocomatten usw.		5,— m ²
Verlegen von Strohmatte		10,— m ²
Verlegen von Dachpappe		5,— m ²
Verlegen von Drahtgeflecht		5,— m ²
Verarbeiten von Lithoperl und Vermiculit	pro cm	5,— m ²
Hochstellen der Isolierung an den Wänden bis 10 cm		2,— lfm
Wenn Isolierung vorhanden Verlegeschwierigkeitszuschlag		6,— m ²

Vorstehende Preise verstehen sich auf der Indexbasis 100.

Loi du 17 juin 1963 ayant pour objet de protéger les titres d'enseignement supérieur.

Nous CHARLOTTE, par la grâce de Dieu, Grande-Duchesse de Luxembourg, Duchesse de Nassau, etc., etc., etc. ;

Notre Conseil d'Etat entendu ;

De l'assentiment de la Chambre des Députés donné en première et seconde lectures les 24 octobre 1962 et 29 mai 1963 ;

Avons ordonné et ordonnons :

Art. 1^{er}. A l'exception des personnes qui n'ont au Grand-Duché ni domicile ni résidence fixe, nul ne peut porter publiquement le titre d'un grade d'enseignement supérieur

a) s'il n'en a obtenu le diplôme conformément aux lois et règlements du pays où le grade a été conféré ;

b) si son diplôme, suivi du nom de l'école ou de l'institution qui l'a délivré, ainsi que l'appellation entière du titre conféré n'ont pas été inscrits au registre des diplômes déposé au ministère de l'éducation nationale.

Sont notamment considérés comme titres d'un grade d'enseignement supérieur au sens de la présente loi les titres de docteur, licencié, ingénieur, architecte.

Art. 2. L'inscription des diplômes nationaux se fera d'office.

L'inscription des diplômes étrangers et la détermination du titre exact et complet à porter se feront à la demande des intéressés, par décision du ministre de l'éducation nationale prise sur avis d'une commission des titres d'enseignement supérieur.

Un règlement d'administration publique réglera la composition et le fonctionnement de cette commission ainsi que la tenue du registre des diplômes.

Tout intéressé peut se faire délivrer un extrait du registre à charge de payer une taxe dont le montant sera fixé par règlement d'administration publique sans pouvoir dépasser cinq cents francs.

Art. 3. Les personnes qui avant la promulgation de la présente loi ont porté publiquement et de façon ininterrompue le titre d'un grade d'enseignement supérieur pourront demander l'inscription de leur diplôme et l'autorisation de continuer à porter le titre, alors même que celui-ci leur aurait été conféré par une école ou une institution n'ayant pas le caractère d'une école ou d'une institution d'enseignement supérieur. Le ministre de l'éducation nationale statuera sur ces demandes, la commission des titres entendue en son avis.

Art. 4. Les décisions visées à l'article 2, alinéa 2 et à l'article 3 seront rendues publiques par des avis à insérer au Mémorial.

Le Conseil d'Etat, comité du contentieux, statue en dernière instance et comme juge du fond sur les recours dirigés contre ces décisions par toute personne physique ou morale intéressée. Ces recours sont intentés dans le délai de trois mois qui prend cours, pour le demandeur en inscription, à partir du jour de la notification et, pour toute autre personne intéressée, à partir de la publication. Ils sont dispensés du ministère d'avocat.

Art. 5. Ceux qui, avant l'entrée en vigueur de la présente loi, auront acquis à l'étranger le titre d'un grade d'enseignement supérieur, et ceux qui remplissent les conditions prévues à l'art. 3, pourront, en attendant la décision du ministre de l'éducation nationale, continuer à porter le titre auquel ils prétendent, à condition d'en faire la demande dans un délai de trois mois, à compter de la publication du règlement d'administration publique prévue à l'art. 2, al. 3.

Il sera délivré aux intéressés un récépissé constatant la présentation de la demande. Ce récépissé vaudra autorisation provisoire.

Art. 6. Indépendamment des peines plus fortes prévues par le code pénal ou par les lois spéciales, sera puni d'une amende de 1.000 à 20.000 francs

a) quiconque s'attribue publiquement, sans remplir les conditions requises, l'un des titres visés à l'art. 1^{er} de la présente loi ;

b) celui qui altère publiquement, soit par retranchement, soit par addition de mots ou de signes abrégatifs, le titre qu'il a été autorisé à porter.

Sera puni d'une amende de 501 à 5.000 francs l'employeur qui attribue publiquement un titre à un employé non qualifié pour porter ce titre.

Les dispositions du Livre I^{er} du Code pénal ainsi que la loi du 18 juin 1879 modifiée par celle du 16 mai 1904 portant attribution aux cours et tribunaux de l'appréciation des circonstances atténuantes seront applicables.

Mandons et ordonnons que la présente loi soit insérée au Mémorial pour être exécutée et observée par tous ceux que la chose concerne.

Le Ministre de l'Éducation Nationale,
Emile Schaus

Palais de Luxembourg, le 17 juin 1963.
Pour la Grande-Duchesse :
Son Lieutenant -Représentant
Jean
Grand-Duc héritier.

Doc. parl. N° 780, sess. ord. 1959-1960, 1960-1961

Règlement ministériel du 27 juin 1963 relatif au Tarif des droits d'entrée.

Le Ministre des Finances,

Vu l'article 21 de la Convention du 25 juillet 1921, établissant une Union Economique entre le Grand-Duché et la Belgique (1) et l'article 6 de l'arrêté grand-ducal du 24 avril 1922 (2) y relatif ;

Vu la loi du 28 décembre 1959, portant approbation du Protocole entre la Belgique, le Luxembourg et les Pays-Bas pour l'établissement d'un nouveau tarif signé à Bruxelles, le 25 juillet 1958, ainsi que du Protocole additionnel, signé à Bruxelles, le 22 décembre 1958 (3) ;

Vu l'arrêté ministériel belge du 20 juin 1963 relatif à la perception de droits d'entrée d'après des taux forfaitaires ;

Arrête :

Article unique. L'arrêté ministériel belge du 20 juin 1963 prémentionné est publié au Mémorial pour être exécuté au Grand-Duché à partir du 1^{er} juillet 1963.

Luxembourg, le 27 juin 1963.

Le Ministre des Finances,
Pierre Werner

(1) Mémorial 1922 p. 220.

(2) Mémorial 1922 p. 385.

(3) Mémorial 1959 p. 1317.

Arrêté ministériel belge du 20 juin 1963 modifiant l'arrêté ministériel du 20 juin 1962 relatif à la perception de droits d'entrée d'après des taux forfaitaires

Le Ministre des Finances,

Vu le protocole entre la Belgique, le Luxembourg et les Pays-Bas, pour l'établissement d'un nouveau Tarif des droits d'entrée, signé à Bruxelles, le 25 juillet 1958 et approuvé par la loi du 11 décembre 1959 ;

Vu l'arrêté royal du 7 décembre 1960 (1) relatif au Tarif des droits d'entrée, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 19 juin 1963, (2) notamment le § 38 des Dispositions préliminaires dudit Tarif ;

Vu l'arrêté ministériel du 20 juin 1962 relatif à la perception de droits d'entrée d'après des taux forfaitaires ;

Sur la proposition de la Commission douanière et fiscale de l'Union économique Benelux;

Vu l'urgence,

Arrête :

Art. 1^{er}. L'article 1^{er} de l'arrêté ministériel du 20 juin 1962 précité est remplacé par la disposition suivante;

« Article 1^{er}. Pour les marchandises importées par petits envois adressés à des particuliers ou contenues dans les bagages personnels des voyageurs, pour autant qu'il s'agisse d'importations dépourvues de tout caractère commercial, le montant des droits d'entrée est calculé d'après les taux forfaitaires prévus dans le tableau ci-après :

(1) Mémorial 1960 p. 561.

(2) Mémorial A 1963, p. 565.

Désignation des marchandises	Base	Tarif	
		Général	C.E. (*)
Vins, vins mousseux et autres boissons fermentées mousseuses, à l'exclusion des bières	valeur	25%	10%
Eaux-de-vie, liqueurs et autres boissons spiritueuses, sans distinction de degré	litre	F 20	F 3
Tabacs fabriqués	valeur	40%	16%
Médicaments	valeur	20%	10%
Produits de parfumerie ou de toilette préparés et cosmétiques préparés	valeur	18%	10%
Tapis	valeur	25%	10%
Autres marchandises	valeur	10%	4%

(*) Le Tarif C.E. est applicable aux marchandises répondant aux conditions prévues par l'arrêté ministériel du 14 décembre 1960 relatif à l'importation de marchandises relevant des Traités instituant les Communautés européennes, articles 3 à 6.»

Art. 2. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} juillet 1963.

Bruxelles, le 20 juin 1963.

A. DEQUAE.

Règlement ministériel du 27 juin 1963 réglant les franchises en matière de droits d'entrée.

Le Ministre des Finances,

Vu l'article 21 de la Convention du 25 juillet 1921, établissant une Union Economique entre le Grand-Duché et la Belgique et l'article 6 de l'arrêté grand-ducal du 24 avril 1922 y relatif ;

Vu la loi du 28 décembre 1959, portant approbation du Protocole entre la Belgique, le Luxembourg et les Pays-Bas pour l'établissement d'un nouveau tarif signé à Bruxelles, le 25 juillet 1958, ainsi que du Protocole additionnel signé à Bruxelles, le 22 décembre 1958 ;

Vu l'arrêté ministériel belge du 27 juin 1963 modifiant l'arrêté ministériel du 17 février 1960 réglant les franchises en matière de droits d'entrée ;

Arrête :

Article unique. L'arrêté ministériel belge du 27 juin 1963 prémentionné est publié au Mémorial pour être exécuté au Grand-Duché à partir du 1^{er} juillet 1963.

Luxembourg, le 27 juin 1963.

Le Ministre des Finances,
Pierre Werner

Arrêté ministériel belge du 27 juin modifiant l'arrêté ministériel du 17 février 1960 (1) réglant les franchises en matière de droits d'entrée.

Le Ministre des Finances,

Vu le Protocole entre la Belgique, le Luxembourg et les Pays-Bas, pour l'établissement d'un nouveau Tarif des droits d'entrée, signé à Bruxelles, le 25 juillet 1958 et approuvé par la loi du 11 décembre 1959 ;

Vu l'arrêté royal du 7 décembre 1960 (2) relatif au Tarif des droits d'entrée, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 19 juin 1963, notamment le § 34 des Dispositions préliminaires dudit Tarif ;

Vu l'arrêté ministériel du 17 février 1960 réglant les franchises en matière de droits d'entrée, notamment l'article 54 modifié en dernier lieu par l'arrêté ministériel du 18 septembre 1962 ; (3)

.....

Vu l'urgence,

Arrête :

Art. 1^{er}. L'article 54 de l'arrêté ministériel du 17 février 1960 précité, est remplacé par la disposition suivante :

« Art. 54. § 1^{er}. Franchise totale ou partielle est accordée, conformément aux indications du tableau ci-après, pour les marchandises reprises au dit tableau, qui sont originaire de la République du Congo (Léopoldville), du Rwanda, du Burundi, du Surinam ou des Antilles néerlandaises.

« La franchise partielle se calcule :

« a) pour les marchandises originaires de la République du Congo (Léopoldville), du Rwanda, du Burundi et du Surinam : sur les droits repris à la colonne Tarif C.E. du Tarif des droits d'entrée ;

« b) pour les marchandises originaires des Antilles néerlandaises : sur les droits repris à la colonne Tarif général du Tarif des droits d'entrée.

(1) Mém. 1960 p. 321.

(2) Mém. 1960 p. 1592.

(3) Mém. 1962 p. 939.

Position du Tarif	Désignation des marchandises	Régime préférentiel
08.01 B	Bananes	Exemption
08.01 C	Ananas	Exemption
ex 08.01 D II	Noix de coco, fraîches, séchées et/ou râpées	Réduction du droit à 50 p.c. du taux fixé par le Tarif
08.02 A I b et A II b	Oranges	Exemption pendant la période du 1 ^{er} août au 14 octobre inclusivement. Réduction du droit à 50 p.c. du taux fixé par le Tarif, pendant la période du 15 octobre au 15 avril inclusivement.
08.02 B	Mandarines et clémentines	Exemption pendant la période du 1 ^{er} août au 14 octobre inclusivement. Réduction du droit à 50 p.c. du taux fixé par le Tarif, pendant la période du 15 octobre au 15 avril inclusivement.
08.02 C	Citrons	Exemption.
08.02 D	Pamplemousses (y compris les pomelos)	Réduction du droit à 50 p.c. du taux fixé par le Tarif pendant la période du 15 octobre au 15 avril inclusivement.
ex 08.02 E	Cédrats frais	Exemption.
ex 08.02 E	Autres agrumes	Réduction du droit à 50 p.c. du taux fixé par le Tarif, pendant la période du 15 octobre au 15 avril inclusivement.
ex 15.07 B II b 2	Huile de palme, blanchie	Réduction du droit à 50 p.c. du taux fixé par le Tarif, pour un contingent annuel de 3.000 tonnes de la République du Congo (Léopoldville) ou du Rwanda ou du Burundi.
17.01 C I et C II	Sucres de betteraves et de canne, à l'état solide, bruts ou cristallisés	Exemption pour un contingent annuel de 8.000 tonnes de sucres de la République du Congo (Léopoldville) ou du Rwanda ou du Burundi.
33.01 A I, A II a, B et C	Huiles essentielles, liquides ou concrètes, non déterpénées, d'agrumes, de géranium, de girofle, de niaouli et de ylang-ylang ; huiles essentielles, liquides ou concrètes, déterpénées et résinoïdes.	Réduction du droit à 50 p.c. du taux fixé par le Tarif.

Position du Tarif	Désignation des marchandises	Régime préférentiel
44.07	Traverses en bois pour voies ferrées.	Exemption.
44.14	Feuilles de placage en bois, sciées, tranchées ou déroulées, d'une épaisseur égale ou inférieure à 5 mm, même renforcées sur une face de papier ou de tissu.	Réduction du droit à 50 p.c. du taux fixé par le Tarif.
44.15 A II et B II	Bois plaqués ou contreplaqués, même avec adjonction d'autres matières (y compris les bois marquetés ou incrustés), autres que ceux visés dans les sous-positions A I et B I.	Réduction du droit à 30 p.c. du taux fixé par le Tarif.
ex 44.18	Plaques et panneaux en copeaux et autres déchets de bois agglomérés au moyen d'un liant.	Exemption.

« § 2. La franchise visée au § 1^{er} est subordonnée à la production :
 « 1° d'un certificat d'origine ;
 « 2° de pièces établissant que les marchandises ont été expédiées des territoires énumérés au § 1^{er} à destination de l'U.E.B.L. ou des Pays-Bas.

« § 3. Lorsque la franchise est limitée à un contingent déterminé, elle est exclusivement applicable en cas de déclaration en consommation à l'un des bureaux des douanes d'Anvers.

« § 4. Le déclarant qui revendique la franchise visée au § 1^{er}, doit apposer la mention «Marchandises originaires de la République du Congo (Léopoldville), ou du Rwanda, ou du Burundi, ou du Surinam, ou des Antilles néerlandaises», sur la déclaration en détail visée par les articles 118 et 120 de la loi générale du 26 août 1822 concernant la perception des droits d'entrée de sortie et de transit et des accises.»

Art. 2. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} juillet 1963.

Bruxelles, le 27 juin 1963.

A. DEQUAE.

Règlements communaux.

(Les mentions ci-après sont faites en vertu de l'article 4 de l'arrêté royal grand-ducal du 22 octobre 1842 réglant le mode de publication des lois).

ERRATUM.

Heinerscheid. — Dans un avis publié au Mémorial A N° 34 de 1963, page 488 et concernant un règlement sur les canalisations de la commune de Heinerscheid, il y a lieu de lire : «En séance du 21 août 1962» au lieu de «21 août 1952». — 26 juin 1963.